

Osnabrücker Jahrbuch Frieden und Wissenschaft 24 / 2017

THEMENSCHWERPUNKT:

»WESTFÄLISCHER FRIEDE« –
MODELL FÜR DEN MITTLEREN OSTEN?

- OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2016
- MUSICA PRO PACE 2016
- BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

Herausgegeben vom Oberbürgermeister der
Stadt Osnabrück und dem Präsidenten der
Universität Osnabrück

V&R unipress

Wissenschaftlicher Rat der Osnabrücker Friedensgespräche 2016-2017

Prof. Dr. Martina Blasberg-Kuhnke, Kath. Theologie, Universität Osnabrück (Vorsitz)
Prof. Dr. Dr. Rauf Ceylan, Islamische Theologie, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Roland Czada, Politikwissenschaft, Universität Osnabrück (Stellv. Vorsitz)
Hans-Jürgen Fip, Oberbürgermeister a.D. (Ehrenmitglied)
Prof. i.R. Dr. Wulf Gaertner, Volkswirtschaftslehre, Universität Osnabrück
apl. Prof. Dr. Stefan Hanheide, Musikwissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Christoph König, Germanistik, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Susanne Menzel, Biologie, Universität Osnabrück
Prof. i.R. Dr. Reinhold Mokrosch, Evangelische Theologie, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Ulrich Schneckener, Politikwissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. em. Dr. György Széll, Soziologie, Universität Osnabrück
Prof. i.R. Dr. Albrecht Weber, Rechtswissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Siegrid Westphal, Geschichtswissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. i.R. Dr. Tilman Westphalen, Anglistik, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Rolf Wortmann, Politikwiss. und Public Management, Hochschule Osnabrück
Dr. Henning Buck (Geschäftsführung)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Henning Buck

Redaktionelle Mitarbeit: Joachim Herrmann, Jutta Tiemeyer

Einband: Bruno Rothe / Tefvik Goektepe. Abgebildet ist eine anlässlich des Westfälischen Friedensschlusses in Münster geprägte Medaille mit Datierung 1648.

Für freundliche Unterstützung der Osnabrücker Friedensgespräche 2016-2017 danken wir

- der Stadtwerke Osnabrück AG
- der Sievert-Stiftung für Wissenschaft und Kultur
- dem Förderkreis Osnabrücker Friedensgespräche e.V.

Redaktionsanschrift: Geschäftsstelle der Osnabrücker Friedensgespräche
Universität Osnabrück, Neuer Graben 19 / 21, D-49069 Osnabrück
Tel.: + 49 (0) 541 969 4668, Fax: + 49 (0) 541 969 14668
Email: ofg@uni-osnabrueck.de – Internet: www.friedensgespraeche.de

Die Deutsche Nationalbibliothek – Bibliografische Information: Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.
1. Aufl. 2017

© 2017 Göttingen, V&R unipress GmbH, Robert-Bosch-Breite 6, D-37079 Göttingen, mit Universitätsverlag Osnabrück /<http://www.v-r.de/>. Alle Rechte vorbehalten.
Printed in Germany: Hubert & Co. GmbH & Co. KG BuchPartner, Robert-Bosch-Breite 6, D-37079 Göttingen. Gedruckt auf säurefreiem, total chlorfrei gebleichtem Werkdruckpapier; alterungsbeständig.

ISBN: 978-3-8471-0773-6
ISSN: 0948-194X

Inhalt

Vorwort der Herausgeber.	7
Editorial.	9
I. OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2016	
<i>Kinder im Krieg</i> Mit Christian Schneider, Areej Zindler, Gehad Mazarweh.	15
<i>Das Kalifat des IS – Herausforderung durch religiösen Fundamentalismus?</i> Mit Christoph Reuter, Daniela PISOIU, Yassin Musharbash	45
<i>Der Westfälische Friede als Denkmodell für den Mittleren Osten</i> Mit Frank-Walter Steinmeier, Rainer Hermann.	71
Antonio Pau Pedron, Madrid <i>Europa sieht Deutschland – Deutschland in Europa: eine spanische Perspektive</i>	93
<i>Was wird aus der Friedensmacht Europa?</i> Mit Günter Verheugen, Wolfgang Streeck	111
II. MUSICA PRO PACE – KONZERT ZUM OSNABRÜCKER FRIEDENSTAG 2016	
Stefan Hanheide, Osnabrück <i>Die »Erste Sinfonie« von Mikis Theodorakis und das »Erste Klavierkonzert« von Johannes Brahms.</i>	137

III. BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

Brendan Simms, Cambridge / Michael Axworthy, Exeter / Patrick Milton, Berlin <i>Der Friedenskongress von Münster und Osnabrück als Wegweiser für eine neue Friedensinitiative im Nahen Osten?</i>	149
Roland Czada, Osnabrück <i>Ein ›Westfälischer Frieden‹ für die Krisenherde der Gegenwart?</i>	159
Walter Siebel, Oldenburg <i>Stadt und Integration</i>	181
Elisabeth Musch, Osnabrück <i>Religion und Integration: Deutschland und die Niederlande im Vergleich</i>	189
Michael Pittwald, Osnabrück <i>Minderjährige Soldatinnen und Soldaten: Völkerrechtliche Regelungen und politische Realität.</i>	203
IV. ANHANG	
Referentinnen und Referenten, Autorinnen und Autoren	215
Abbildungsnachweis	221

Walter Siebel, Oldenburg

Stadt und Integration¹

I. – Anfang 2015, also noch vor der jüngsten Flüchtlingswelle, war jeder fünfte Einwohner der Bundesrepublik entweder selber zugewandert oder hatte mindestens einen Elternteil, der zugewandert war, insgesamt 16 Millionen Menschen. In Städten wie Stuttgart, Frankfurt und Offenbach am Main haben mindestens 40% der Erwachsenen und 60% der Kinder einen Migrationshintergrund. Und das wird zur Normalität in vielen großen Städten Deutschlands werden.

Solche Verhältnisse wären in vormodernen Stammesgesellschaften undenkbar gewesen. Es gab keinen Platz für Fremde. Der Fremde wurde erschlagen oder davongejagt, wenn er Glück hatte adoptiert oder geheiratet und dadurch zum Verwandten gemacht. Fremdheit musste auf die eine oder andere Art vernichtet werden. In modernen Gesellschaften dagegen ist die Anwesenheit von Fremden alltäglich geworden. Trotzdem gibt es in Deutschland bisher noch keine schweren Konflikte, vergleichbar mit denen in der französischen *banlieue*, in englischen oder gar US-amerikanischen Städten, und das in einer Gesellschaft mit der Vergangenheit der deutschen! Es lohnt daher, danach zu fragen, was moderne Gesellschaften befähigt, so vergleichsweise gelassen mit so viel Fremdheit umzugehen.

Ich werde dazu drei Thesen diskutieren:

- Einwanderungsquartiere sind notwendige Stufen im Prozess der Integration.
- Integrationspolitik hat zwei Adressaten: nicht nur die Zuwanderer, sondern ebenso die einheimische Bevölkerung.
- Wenn es nicht gelingt, die Tendenzen einer Spaltung der deutschen Gesellschaft aufzuhalten, wird die Integration der Zuwanderer scheitern.

II. – Über Integration und Ausgrenzung wird in den großen *Städten* entschieden. Städte entstehen, wachsen und erhalten sich durch Zuwanderung. Ohne Migration gäbe es keine Städte. Zuwanderung war immer schon auf die großen Städte gerichtet. Bisher lebt fast die Hälfte aller Zuwanderer in den deutschen Großstädten, von den Deutschen sind es nur 31%.

Das hat gute Gründe: das Bildungssystem ist differenzierter, die Wohnungs- und Arbeitsmärkte sind in der Regel aufnahmefähiger. Deshalb sind hier die strukturellen Integrationschancen besser. Zuwanderer finden in den großen Städten eher Landsleute, die vor ihnen nach Deutschland

gekommen sind, und damit ›Brückenköpfe‹ ihrer Heimat in einer noch fremden Gesellschaft. Zudem sind Städte offene Systeme, die anders als Nationalstaaten keine Aufnahmetests verlangen und formelle Mitgliedschaften verleihen oder versagen. Hier muss man sich nur an- oder abmelden. Und schließlich fällt der Migrant in der großen Stadt weniger auf, denn die Stadt ist ein Ort, an dem Fremde leben.

Stadt beginnt dort, wo die Bewohner sich nicht mehr persönlich kennen. Der Prototyp des Städters ist der Fremde. Dafür ist zuallererst die große Zahl der Städter verantwortlich. Ab 4.000 Einwohnern übersteigt es die Fähigkeiten des menschlichen Gedächtnisses, alle Mitbewohner persönlich zu kennen. Auch die Fluktuation der Bevölkerung spielt eine Rolle. Statistisch gesehen wechselt jeder Berliner innerhalb von vier Jahren einmal seine Wohnung, also fehlt oft die Zeit, sich kennenzulernen.

Entscheidend aber ist, dass moderne Großstädte aus sich heraus vielfältige Fremdheiten produzieren. Auch jenseits der ethnischen Kolonien findet man in großen Städten die unterschiedlichsten Milieus: das ›ordentliche‹ Milieu der Kleinbürger und das unordentliche der Künstler, das studentische Milieu, die oftmals sehr befremdlichen Subkulturen Jugendlicher, die Reste traditioneller Arbeitermilieus, das Milieu der Homosexuellen, das der Obdachlosen und das der wohlhabenden Bürger. Manche der Angehörigen dieser unterschiedlichen Milieus dürften sich mit mindestens ähnlicher Befremdung begegnen wie ein deutscher Arbeiter seinem türkischen Kollegen.

Deshalb mussten Städte vor aller Zuwanderung eine Kultur entwickeln, die ein halbwegs friedliches Nebeneinander von Fremden ermöglicht. Diese Kultur ist die urbane Lebensweise. *Georg Simmel* hat sie vor 100 Jahren als blasiert, gleichgültig, distanziert und intellektualisiert beschrieben.² Der gelernte Städter hält Distanz, er wappnet sich mit urbaner Indifferenz gegen die beunruhigenden Erfahrungen der Begegnung mit Fremden, wie sie in der Stadt alltäglich sind.

Stadtkultur ist eine *Kultur des zivilisierten Umgangs mit Fremdheit*. Blasiertheit, Gleichgültigkeit, Distanziertheit und Intellektualität sind urbane Tugenden, weil sie das dichte Zusammenleben von Fremden möglich machen, ohne Fremdheit in Homogenität aufzuheben. Die urbane Lebensweise bedeutet mehr als resignierte Toleranz, die die Anwesenheit der Fremden bloß hinnimmt. Im Gegenteil, die Kreativität der Stadt beruht auf der Fähigkeit, Integration bei zunehmender Differenz zu gewährleisten, und das ist eine Voraussetzung für die Produktivität der städtischen Kultur. Stadtkultur entsteht aus der Auseinandersetzung mit dem Fremden.

Nun sind nicht alle Stadtbewohner gelernte Großstädter in Simmels Sinne. Nicht jeder kann sich Gleichgültigkeit leisten. Dazu muss man

ökonomisch unabhängig sein. Auch dürfte Reserviertheit gegenüber allem und jedem auf Dauer kaum mit psychischer Gesundheit vereinbar sein.

Die urbane Indifferenz im Öffentlichen Raum ist nur lebbar, wenn man über eine *intakte Privatsphäre* verfügt als einem Ort, an dem Intimität und Körperlichkeit gelebt werden können. Die urbane Lebensweise setzt eine gesicherte bürgerliche Existenz voraus, ökonomisch wie psychisch.

Weil nicht jeder über diese Voraussetzungen verfügt, gibt es noch einen zweiten Mechanismus, der die alltägliche Nähe des Fremden erträglich macht: die *Segregation*. Die segregierte Stadt sortiert verschiedene soziale Gruppen in verschiedene Territorien. Sie übersetzt soziale und kulturelle Distanzen in räumliche Distanzen. Damit leistet die segregierte Stadt dasselbe wie die urbane Mentalität des gelernten Städters: Fremdheit bleibt erhalten, jeder kann »nach seiner Fassung selig« werden, aber die möglichen Konflikte zwischen verschiedenen Fremdheiten werden entschärft, indem Fremdheit aus der Wahrnehmung gleichsam ausgeblendet wird. Urbane Lebensweise und Segregation sind Mechanismen, um Fremdheit zu de-thematisieren.

Auch die segregierte Stadt dient zu mehr als nur zur Vermeidung von Konflikten. Die moderne Großstadt setzt sich aus einer Vielzahl großstädtischer Milieus zusammen, sie ist ein Mosaik aus kulturellen Dörfern. Die Spezialisierung verschiedener Orte in der Stadt auf unterschiedliche Tätigkeiten, Bedürfnisse und Interessen hilft, die eigene Besonderheit leben zu können. Segregation ist eine Voraussetzung dafür, dass sich in einer Stadt verschiedene Lebensstile, Subkulturen oder Milieus entfalten können. Damit haben Segregation wie die urbane Lebensweise produktive Funktionen: sie sind Voraussetzungen für die lebendige Vielfalt der urbanen Kultur. Allerdings gilt das nur für eine bestimmte Form der Segregation, nämlich Segregation, die *freiwillig* zustande gekommen ist. Durch Diskriminierung, selektiven Wohnungsbau, der billige Wohnungen nur an bestimmten Standorten errichtet, und durch Marktmechanismen erzwungene Segregation hat geradezu gegenteilige Effekte.

Freiwillige Segregation spielt auch eine wichtige Rolle im Prozess der Integration von Zuwanderern. Integration braucht geschützte Räume des Übergangs. *Ethnische Kolonien* sind solche Übergangsräume. Hier finden die neu Zugewanderten erste Informationen über die noch fremde Gesellschaft, materielle Hilfen, soziale Netze, psychische Unterstützung etc. Erst auf Basis einer halbwegs gesicherten Identität aber kann man sich auf das Abenteuer der Auseinandersetzung mit einer fremden Gesellschaft produktiv einlassen. Deshalb sind ethnische Kolonien ein Phänomen aller Einwanderungsgesellschaften: *China Town*, *Little Italy*, auch die Deutschen, die nach Amerika ausgewandert sind, haben sich zunächst in *Little Ger-*

many niedergelassen. In New York war das die *Lower East Side*. Die Stadt als Mosaik aus unterschiedlichen Lebenswelten bietet Räume des Übergangs, in denen der Schock der Migration gemildert wird.

Die Zuwanderer werden auch künftig vor allem in den westdeutschen Großstädten leben. Nimmt man den absehbaren Prognosezeitraum bis ins Jahr 2030, so werden die westdeutschen Großstädte mit anhaltender Zuwanderung rechnen müssen – mit all ihren Konsequenzen für die Arbeits- und Wohnungsmärkte, die sozialen Infrastrukturen, das Bildungssystem und die Sozialerstattung.

Eine Residenzpflicht, wie sie gegenwärtig diskutiert wird, dürfte da wenig helfen. Im Gegenteil, sie kann die Integration erschweren. Für bestimmte Gruppen, etwa Familien mit kleinen Kindern, könnte die Unterbringung in ländlichen Regionen sinnvoll sein. Aber das ist eine Minderheit. Von den im Jahr 2015 nach Deutschland Geflohenen ist die Hälfte zwischen 16 und 35 Jahre alt, zwei Drittel sind männlich und 62% haben keinen Ausbildungs- oder Studienabschluss. Sie außerhalb der Großstädte unterzubringen, könnte kurzfristig die Probleme ihrer Wohnungsversorgung mildern, aber mittelfristig ihre Integration erschweren. Wohnraum ist vor allem in den strukturschwachen Regionen verfügbar. Aber dort sind die Arbeitsmärkte wenig aufnahmefähig, die nötigen Bildungsangebote sind dort nur schwer zu organisieren, und es fehlt in Verwaltung und Bevölkerung an der großstadttypischen Erfahrung im Umgang mit Fremden.

Allerdings laufen Einwanderungsquartiere immer auch Gefahr, zu Fallen zu werden. Je größer die soziale Gruppe, je geringer ihr Zugang zu den Systemen Bildung, Wirtschaft, Politik und je leichter der Zugang zu Massenmedien des Herkunftslandes und zu bestimmten Seiten des Internets, desto höher ist die Gefahr eines Rückzugs in eine enge und repressive Welt der eigenen Herkunftskultur. Am Ende eines solchen Prozesses negativer Wechselwirkungen stünde dauerhafte Ausgrenzung.

Was für die Stadtgesellschaft gilt, gilt für moderne Gesellschaften generell. Moderne Gesellschaften erreichen Integration auch durch die Fähigkeit, systematisch von Fremdheit abzusehen. Der *Markt*, eines der zentralen Systeme unserer Gesellschaft, ist farbenblind. Hier zählt nur, ob jemand über Geld, marktgängige Waren oder nachgefragte Qualifikationen verfügt. Seine Hautfarbe, seine Religion und seine politischen Überzeugungen sind irrelevant. Es gehört geradezu zur Logik des Marktes, nicht zu diskriminieren. Ein Markt, der aufgrund rassistischer, politischer oder kultureller Vorbehalte auf verfügbare Produktionsfaktoren, z.B. Arbeitskräfte, verzichtet, kann keine optimalen Ergebnisse erzielen. Ähnliches gilt für das politische System: Jeder, der über die Bürgerrechte verfügt

und sich an die Spielregeln der Demokratie hält, kann am politischen Prozess teilnehmen, unabhängig von Rasse, Religion oder Einkommen. Im Gegenteil: sich durch Geld politischen Einfluss zu erkaufen, ist Korruption, weshalb etwa die kürzlich von der *Süddeutschen Zeitung* gedruckte Meldung, wonach jedes Mitglied des amerikanischen Senats im Durchschnitt über ein Vermögen von über 17 Mio. Dollar verfügt, geeignet ist, die Legitimität der US-amerikanischen Demokratie infrage zu stellen. Was für Markt und Politik gilt, trifft auf alle Teilsysteme moderner Gesellschaften zu: Sie thematisieren immer nur einen kleinen Ausschnitt der Persönlichkeit und sehen systematisch von allen anderen Eigenschaften ab. Moderne Gesellschaften werden nicht nur durch Homogenität integriert, sondern auch durch ihre Fähigkeit, Differenz zu de-thematisieren.

Es gibt also gute theoretische Gründe für die Annahme einer hohen Integrationsfähigkeit moderner Gesellschaften, insbesondere die Tatsache, dass moderne Gesellschaften über die Fähigkeit verfügen, systematisch von Fremdheit abzusehen, indem sie immer nur partiell integrieren. Moderne Gesellschaften sind strukturell tolerant. Und ihre Toleranz ist mehr als resignierte Hinnahme von Fremdheit. Demokratie und Markt sind strukturell auf Inklusion angewiesen. Sie funktionieren umso besser, je mehr Inklusion sie leisten.

III. – Aber diese Argumente bieten nur theoretische Gründe für Optimismus. Viele empirische Argumente sprechen dagegen. Der Markt ist keineswegs frei von Diskriminierung. Die Chancen der Zuwanderer auf dem Arbeitsmarkt sind schlechter auch bei gleicher Qualifikation. Zuwanderer haben es schwerer, eine Wohnung zu mieten, auch bei gleicher Zahlungsbereitschaft, und viele Zuwanderer verfügen nicht über die Bürgerrechte. Es fehlen viele der strukturellen Voraussetzungen gelingender Integration. Integration ist ein zweiseitiger Prozess, der der aufnehmenden Gesellschaft wie den Zugewanderten viel abverlangt. Die aufnehmende Gesellschaft muss den Zuwanderern dieselben Chancen politischer und ökonomischer Teilnahme eröffnen wie den Einheimischen. Das setzt u.a. einen aufnahmefähigen Arbeitsmarkt voraus, ohne strukturelle Barrieren nach Geschlecht, Herkunft, Alter, Religion etc. – alles Bedingungen, die in der Bundesrepublik Deutschland keineswegs gegeben sind.

Aber Anstrengungen auf Seiten der Zuwanderer sind ebenso unabdingbar für ein Gelingen der Integration. Um eine attraktive Position auf dem Arbeitsmarkt zu erreichen, ist mehr notwendig als fachliche Qualifikationen und die Beherrschung der deutschen Sprache. Man muss auch über bestimmte Verhaltensweisen und Kulturtechniken verfügen, beispielsweise die selbstverständliche Anerkennung weiblicher Autoritätspersonen, Dis-

ziplin, Pünktlichkeit etc. Die Teilnahme am politischen Prozess einer Demokratie setzt nicht nur Staatsbürgerrechte voraus, sondern auch die Verinnerlichung der demokratischen Spielregeln und die Anerkennung der Trennung von Religion, Wirtschaft, Wissenschaft und Politik. Insofern gibt es durchaus eine *Leitkultur*, die Anpassung verlangt, bei Strafe dauerhafter Ausgrenzung. Und diese Anpassungsleistungen reichen von der Verinnerlichung der protestantischen Ethik über das Grundgesetz und die Straßenverkehrsordnung bis in die Details alltäglicher Umgangsformen zwischen Mann und Frau.

Fatalerweise bedingen die objektiven, strukturellen und die subjektiven, kulturellen Voraussetzungen gelingender Integration sich wechselseitig. Man kann von Zuwanderern nicht erwarten, in die Bildung ihrer Kinder zu investieren, wenn der Arbeitsmarkt das nicht belohnt. Umgekehrt, wenn die Subjekte nicht die notwendigen Qualifikationen und Verhaltensweisen erworben haben, kann der Arbeitsmarkt sie nicht aufnehmen. So kann ein *Teufelskreis misslingender Integration* entstehen.

Wenn die Gesellschaft den Zuwanderern keine attraktiven Möglichkeiten ökonomischer, sozialer, kultureller und politischer Teilnahme bietet und ihnen obendrein mit vorurteilsgeladener Abwehr begegnet, dann ist kaum zu erwarten, dass diese ihrerseits die Mühen der Integration auf sich nehmen. Wenn die Migranten aber nicht die subjektiven Voraussetzungen der Integration erworben haben, können sie die sich bietenden Chancen gar nicht ergreifen.

Doch selbst wenn alle notwendigen objektiven und subjektiven Bedingungen gegeben wären, auch dann würde Integration den Individuen sehr viel zumuten. Wanderungen bedrohen immer auch Identitäten. Der Migrant muss sich in einer fremden Umgebung zurechtfinden, er muss *existenzielle Verunsicherungen* ertragen, einen Mangel an Selbstbestimmung, fehlende Anerkennung und soziale Isolation. Er muss sich von seiner Heimat lösen, wie *Alfred Schütz* geschrieben hat: er muss »seine Gräber entheiligen«. ³ Nach psychoanalytischen Berichten aus Therapien mit traumatisierten Flüchtlingen können die Belastungen der Migration schwerwiegender sein als die im Herkunftsland erfahrenen, die die Flucht ausgelöst hatten.

Aber auch Einheimische verlieren ein Stück *Heimat*, wenn ihre gewohnte Umgebung durch den Zuzug der Fremden verändert wird. Und solche Veränderungen treffen in erster Linie diejenigen unter den Deutschen, die am wenigsten damit umgehen können. Zuwanderer geraten in der Regel in die Nachbarschaft der deutschen Verlierer des Strukturwandels. Verlierer aber haben viele Gründe, den Fremden mit Abwehr zu begegnen. Verlierer brauchen Sündenböcke, eine Rolle, für die sich Fremde immer schon gut

geeignet haben. Wenn solche erzwungenen Nachbarschaften zwischen noch nicht integrierten Zuwanderern und deutschen in prekären Lebensumständen sich dann noch in einer Umgebung herstellen, die ihren Bewohnern täglich vor Augen führt, dass sie am Rand der Stadtgesellschaft angekommen sind, dann ist es kein Wunder, wenn aggressive Abgrenzung und nicht Toleranz und wohlwollendes Aufeinanderzugehen das Resultat ist.

Auch ist die Angst, dass durch die Flüchtlinge die eh schon prekäre eigene Situation noch prekärer werden könnte, nicht unbegründet. Versorgung und Integration der Flüchtlinge werden in der Regel aus den Sozial-etats bezahlt, könnten also zulasten der von Transferzahlungen abhängigen Deutschen gehen. Die Flüchtlinge konkurrieren auch selten um hoch qualifizierte Arbeitsplätze und teure Eigenheime mit den Einheimischen. Wenn sie in Konkurrenz zu Deutschen treten, dann in den Segmenten des Arbeits- und Wohnungsmarkts, auf die auch die ökonomisch und sozial schwächeren Einheimischen angewiesen sind.

Die Bilder, die das Fernsehen von Flüchtlingen geliefert hat, rührten an noch weit tiefere Ängste. Vielen werden die Bilder von Massen von Flüchtlingen erinnerlich sein, die aus dem offenen Maul einer riesigen Autofähre hervorquollen, von Kolonnen, die über Autobahnen und Bahngelise marschierten, als ob keine Grenze sie aufhalten könnte. Das weckte nicht nur beim deutschen Finanzminister Assoziationen mit Lawinen oder Fluten, mit Naturgewalten, gegen die es keinen Schutz gibt.

Grenzen haben ein Doppelgesicht: Sie engen ein, sie beschränken die Freiheit, aber sie gewähren auch Schutz und Sicherheit. Die Aufhebung einer Grenze ist deshalb immer ein Akt von hoher und widersprüchlicher Symbolik. Er ist Befreiung, aber er kann auch tiefe Ängste wecken vor Kontrollverlust, vor dem Zusammenbruch aller Ordnung und Sicherheit.

Das könnte zur Erklärung beitragen, weshalb der Hass auf Flüchtlinge in den neuen Bundesländern besonders ausgeprägt ist. Die Mauer hatte ein in vieler Hinsicht beengtes, aber auch ein in vieler Hinsicht sicheres Leben gewährleistet. Wer die nötigen politischen Anpassungsleistungen erbracht hatte, dessen Leben verlief in berechenbaren Bahnen. Er musste weder fürchten, seinen Arbeitsplatz zu verlieren, noch dass ihm die Wohnung gekündigt würde. Mit dem Fall der Mauer 1989 ist auch der Schutz vor den Risiken und Unsicherheiten von Kapitalismus und Liberalismus gefallen. Die Bilder von den scheinbar ungehindert hereinströmenden Flüchtlingen haben vielleicht bei ehemaligen Bürgern der DDR die existenziellen Verunsicherungen aktualisiert, die viele von ihnen nach 1989 erleben mussten. Auch daher mag ihre angstvolle Wut angesichts der Flüchtlingsströme kommen.

Die angstvolle Abwehr gegen die Zuwanderer wird sich nur dann mildern lassen, wenn Integrationspolitik auch die realen Gründe für die Ängste der Einheimischen adressiert. Integrationspolitik hat zwei Adressaten: nicht nur die Flüchtlinge, sondern ebenso die einheimische Bevölkerung. Die Integration von Migranten ist nur eine besonders sichtbare Facette der generellen Aufgabe, die Integration der Gesellschaft zu sichern.

Es besteht wenig Zweifel, dass Deutschland über die ökonomischen und administrativen Ressourcen verfügt, um diese Aufgabe zu bewältigen. Die eigentliche Frage ist, wie viel Zuwanderung die deutsche Gesellschaft zu akzeptieren bereit ist, und das hängt wiederum davon ab, ob es gelingt, die Tendenzen einer Spaltung der Stadtgesellschaften aufzuhalten.

Um mit einem optimistischen Ausblick zu enden, möchte ich an die Zeit vor 60 Jahren erinnern. 1950 lebten in der Bundesrepublik 47 Millionen Menschen, davon 7,2 Millionen Flüchtlinge. Das Bonner Institut für Raumforschung, der Vorgänger der Bundesforschungsanstalt, publizierte damals ein Gutachten, in dem *Gerhard Isenberg* mit erheblichem statistischen Aufwand ›wissenschaftlich‹ nachgewiesen hatte, dass diese Zahl von Flüchtlingen die ökonomische Tragfähigkeit der Bundesrepublik bei weitem überfordere. 3,7 bis 6,6 Millionen müssten dauerhaft alimentiert werden, und mindestens 2,3 Millionen dieser »überschüssigen« Menschen müssten obendrein umgesiedelt werden.⁴ Seitdem ist die Zahl der Einwohner in Westdeutschland um 18 Millionen gestiegen, ohne dass die Bundesrepublik ökonomisch zusammengebrochen wäre, im Gegenteil.

Gegenwärtig gibt es wieder eine Diskussion, inwieweit die heutigen Flüchtlinge integriert werden können. Dabei geht es weniger um die ökonomische als um die politische und kulturelle Tragfähigkeit der Bundesrepublik. Es ist zu hoffen, dass in weiteren 60 Jahren unsere Enkel und Urenkel auf eine ähnlich schlagende historische Widerlegung heutiger Ängste zurückblicken werden.

-
- 1 Der Text geht zurück auf einen Vortrag des Verfassers im Rathaus zu Osnabrück auf Einladung des Förderkreises Osnabrücker Friedensgespräche e.V. am 29. November 2016.
 - 2 Georg Simmel: Die Großstädte und das Geistesleben. In: Ders.: Gesamtausgabe in 24 Bänden. Band 7: Aufsätze und Abhandlungen 1901-1908. Band I. Frankfurt a.M. 1995.
 - 3 Alfred Schütz: The Stranger. An Essay in Social Psychology. In: *American Journal of Sociology*, Vol. 49 (1944), S. 499-507.
 - 4 Gerhard Isenberg: Tragfähigkeit der deutschen Länder in den Westzonen. In: *Raumforschung und Raumordnung* 10 (1950), S. 20-22. Vgl. auch die auf Isenbergs Arbeiten beruhende, am 1. Juni 1950 abgeschlossene Denkschrift: Grundgedanken zu einem Bevölkerungsausgleich in der Bundesrepublik Deutschland, hrsgg. durch das Institut für Raumforschung Bonn.